

Substanzielles Protokoll 133. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 16. Dezember 2016, 17.00 Uhr bis 19.25 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 10. | 2016/305 | Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-
budgetantrag | FV |
| 23. | 2016/440 | E Postulat von Walter Angst (AL) vom 07.12.2016:
Mittel für Investitionen im Hochbau und für Planungsressourcen,
prioritäre Realisierung der dringend benötigten Zusatzflächen für
Schule, Sport sowie für andere Infrastrukturen | VHB |
| 16. | 2016/431 | E Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Strassenprojekt Leimbachstrasse, Entflechtung zwischen dem
Veloverkehr und dem öffentlichen Verkehr | VTE |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 132, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 131.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Wir beantragen, dies online zu publizieren und somit eine Verbesserung von 30 000 Franken.

Walter Angst (AL): Für den Nachdruck der Publikationen sind vom Amt für Städtebau mehr Gelder eingestellt worden. Man kann nun behaupten, dass für die Produktion der Publikationen viel Geld investiert wird, aber diese nachher nicht mehr nachzudrucken, ist keine clevere Verkaufsstrategie. Die Mehrheit bittet, den Antrag abzulehnen.

S. 274	40 4015 3101 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
131.	Antrag Stadtrat				136 000	Mehrheit
			30 000		106 000	Minderheit

Begründung: Publikationen und Bücher online als PDF publizieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 132.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Auf diesem Konto sind Reserven eingeplant, die man nicht budgetieren soll. Deshalb beantragen wir eine Kürzung von 25 000 Franken.

S. 275	40 4015 3186 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
132.	Antrag Stadtrat		25 000		75 000 50 000 Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
					Begründung: Keine Reserve einplanen, Budget bisher nicht ausgeschöpft

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 133.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Wir möchten hier nahelegen, auf den Beitrag zu verzichten, da wir es für ein Projekt halten, das uns nur am Rand betrifft. Der Verein Regionale Projektschau Limmattal ist ein Projekt des Limmattals und nicht der Stadt. Die Statuten des Vereins sehen vor, dass die angeschlossenen Städte und Gemeinden 50 Rappen pro Einwohner beisteuern sollen und dies jährlich wiederholen. Das Gebiet, das die Projektschau abdeckt, geht bis zum Wasserschloss Turgi im Aargau. Zürich zählt heute 410 000 Einwohner, die restlichen Gemeinden, die dem Projekt angeschlossenen sind, zählen etwa 200 000 Einwohner. Doch der grösste Teil der Gemeindebeiträge soll von der Stadt aufgebracht werden, die am wenigsten vom Projekt tangiert ist. Wir sehen keinen Grund, warum wir uns in einem derart unverhältnismässig hohen Umfang daran beteiligen sollen. Deshalb sollten die Mittel zugunsten unserer Stadtkasse eingespart werden.

Walter Angst (AL): Der Verein wurde von den Regierungsräten der Kantone Zürich und Aargau ins Leben gerufen. Von Zürich sind die Quartiere Altstetten und Höngg ins Projekt involviert, also das Limmattal. Dieses Projekt jetzt abzuschliessen, ist nicht richtig.

Hier sparen wir sehr viel Geld in der Koordination, damit wir es an einem anderen Ort nicht ausgeben müssen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Das Stichwort ist das Limmattal, da gehören wir auch dazu. Ich glaube nicht, dass Höngg oder Altstetten am Rand liegen. Es gibt ein Projekt innerhalb dieser Projektschau, das versinnbildlicht, dass man mit dieser noch weitere Projekte lancieren will: den Auenpark. Dieser liegt auch in Zürich, führt die Limmat hinunter und über Baden hinaus. Was man an Koordination und Austausch auf einer Ebene zwischen den verschiedenen Gemeinden erreichen kann, wird sich in anderer Form wieder auszahlen. Wir rechnen nur einen Teil der Stadt bevölkerungsmässig ein, sonst würden wir über 200 000 Franken zahlen.

S. 275	40 4015 3640 0315	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Beitrag an Verein Regionale Projektschau Limmattal				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
133.	Antrag Stadtrat				50 000 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			50 000		0 Minderheit	
			Begründung: Verzicht auf Beitritt, da unnötiges Projekt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 134.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Auf diesem Konto sind 100 000 Franken eingestellt. Ein Betrag, der die Alimentierung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung sichern soll, welche die Erhaltung der fotografischen Bestände im baugeschichtlichen Archiv unterstützt. Aufgrund der Revision des Gemeindegesetzes können keine öffentlich-rechtlichen Stiftungen mehr gegründet werden. Die geprüften Alternativen eines privaten Vereins haben sich als ungeeignet erwiesen. Das Vorhaben, den Erhalt in eine selbständige Organisationsform zu überführen, ist aufgegeben worden. Um den Aufwand der Erhaltungsmassnahmen möglichst tief zu halten, wird eine inhaltliche Selektion vorgenommen und bauhistorisch wenig oder beschränkt relevante Bilder werden an Dritte abgegeben. Entsprechend wird der Betrag von 100 000 Franken nicht benötigt und die RPK beantragt die Streichung dieses Betrags auf diesem Konto.

S. 276	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4015	Amt für Städtebau				
	3650 0000	Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat		100 000		100 000	0 Zustimmung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Archiv Fotomaterial wird nicht umgesetzt

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 135.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: *Es geht hier um Beiträge, die in Sachen Denkmalpflege an private Unternehmen gezahlt werden. Private, die vom Staat gezwungen werden, Restaurationen oder Malerarbeiten vorzunehmen, da die Gebäude unter Denkmalpflege stehen. Mit der Verbesserung wollten wir entgegenwirken, dass man nicht so detailliert und fanatisch jedes einzelne Objekt beurteilt. Aber der Stadtrat hat uns plausibel erklärt, dass dies nicht zum Ziel führen würde, weshalb wir den Antrag zurückziehen.*

S. 276	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4015	Amt für Städtebau				
	3650 0200	Beiträge an private Unternehmungen: Denkmalpflege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
135.	Antrag Stadtrat				950 000	Mehrheit
			450 000		500 000	Minderheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Weniger Objekte in Inventar aufnehmen, grenzwertige Objekte aus dem Inventar entlassen

Stefan Urech (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 136.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Hier geht es um die Vergütung an die Immobilien Stadt Zürich (IMMO) für Dienstleistungen im Modellbauatelier. Dafür werden jährlich 165 000 Franken gezahlt. Es ist ein wichtiges Arbeitsinstrument für Städtebauer, das im Gegensatz zum virtuellen Stadtmodell viel Aussagekraft und Authentizität hat. Es gibt aber auch Städte, die das Stadtmodell privat finanzieren lassen. Die Vernetzung von engagierten Bürgern und privatwirtschaftlichen Förderern und der Stadt ist wichtig, um Geld zu akquirieren oder die Produktion des Stadtmodells möglichst kostengünstig zu halten. Wichtig ist auch, dass das Modell zentral liegt, damit es viele Leute besuchen können.

Felix Moser (Grüne): Wenn man den Betrag auf Null kürzt, kann das Stadtmodell nicht mehr unterhalten werden. Es ist gefährlich, zu hoffen, dass private Investoren auch gefunden werden. Wir möchten den Betrag nicht kürzen und bitten darum, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 276	40 4015 3980 0682	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Vergütung an IMMO für Dienstleistungen des Modellbauateliers				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
136.	Antrag Stadtrat				165 000	Mehrheit
			165 000		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Privaten Sponsor für den Unterhalt des Stadtmodells suchen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 137. und 138. (Postulat GR Nr. 2016/440)

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Wir behandeln nun eine Reihe von Anträgen, die Fragen des Investitionsplafonds betreffen. Die Stadt wächst und hat einen enormen Nachholbedarf, was Schulraum betrifft. Das wachsende Immobilienportfolio wird auch durch Sanierungen bestimmt, um die bisherigen Gebäude instand zu halten und 2000-Watt-fit zu machen. Darum wird Personal benötigt, das diese Dinge planen kann. Die Stadt beantragt des-

halb, für das Amt für Hochbauten zusätzlich fünf Stellen zu schaffen. Die RPK ist einstimmig der Meinung, den Ausbau zu bewilligen, aber Schwerpunkte zu bilden und deshalb nur 2,5 Stellen zu schaffen, also 400 000 Franken mehr zu budgetieren.

Walter Angst (AL): begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2508/2016): Der Stadtrat schaut sich nochmals an, wie die Verteilung zwischen neuen und Substanzerhaltungsprojekten aussehen soll. Der Stadtrat hat in einer längeren Diskussion über die Erhöhung des Investitionsplafonds die Variante Midi gewählt. Midi heisst, den Investitionsplafonds in zwei Schritten auf 145 Millionen Franken für Substanzerhaltungsprojekte zu erhöhen. Doch kann man damit die dringenden Bedürfnisse auf Zusatzraum befriedigen? Wir finden es richtig, dass man bei Neubauten die laufenden Kosten mit zusätzlichen Flächen detaillierter anschaut. Das Postulat legt deshalb nahe, die Aufteilung nochmals auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen und so abzuklären, ob man damit die zwingenden Bedürfnisse im Schul- und Sportbereich realisieren kann.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Wir wollen sparen und denken, dass auch die Variante Midi nicht gut ist. Das Projekt kann man auf längere Zeit zurückstellen, wir lehnen es ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Stadtrat hat mit guten Überlegungen einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht, weil man erkannt hat, dass man sanieren muss. Wir werden weiterhin im Dialog bleiben und nehmen das Postulat entgegen. Wenn man etwas ersetzt und neu baut, bleibt es von der Fläche oder vom Nutzen her ein Teil des Portfolios, es ist dann einfach ein neues Gebäude. Wir konnten aufzeigen, dass wir die Nutzerbedürfnisse im Schulbereich abdecken können und dort auf dem richtigen Weg sind. Die neuen städtischen Bedürfnisse haben klar Priorität, die Sanierung darf man aber nicht einfach vergessen.

S. 277	40 4020 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
137.	Antrag Stadtrat		400 000		16 247 100 15 847 100
				Zustimmung	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Reduzierte Erhöhung Investitionsplafonds - Stellenausbau halbieren		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2540. 2016/440

Postulat von Walter Angst (AL) vom 07.12.2016:

Mittel für Investitionen im Hochbau und für Planungsressourcen, prioritäre Realisierung der dringend benötigten Zusatzflächen für Schule, Sport sowie für andere Infrastrukturen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 137 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2508/2016).

Thomas Schwendener (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 139.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): *Wir haben diesbezüglich diverse Fragen gestellt und bekamen als Antwort, dass es vier Hauptschwerpunkte auf diesem Konto gibt. Drei davon finden wir in Ordnung. Bei der Überprüfung und Festlegung der Strategie des Amtes für Hochbauten (AHB) für die kommenden fünf Jahre sind wir zur Überzeugung gekommen, dass dies auch intern gemacht werden kann. Deshalb möchten wir die 30 000 Franken auf diesem Konto kürzen.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Die Minderheit wechselt zur Mehrheit.*

S. 278	40 4020 3186 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139.	Antrag Stadtrat				100 000	Minderheit
			30 000		70 000	Mehrheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Kein vermehrtes Outsourcing

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 140.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *In einer wachsenden Stadt gibt es seitens der Verwaltung auch einen wachsenden Immobilienbestand, der von der IMMO bewirtschaftet werden muss. Die Stadt hat fünf neue Stellen beantragt. Die RPK-Mehrheit plädiert für ein reduziertes Wachstum und nur 2,5 Stellen. Es stehen 460 000 Franken in der Kürzung, weil wir seit 2014 immer 200 000 Franken aus dem Budget herausstreichen. Damals wurde gesagt, dass zwei Stellen nicht bewilligt werden und der Stadtrat diese Stellen zwar nicht besetzt, aber immer noch im Stellenplan belassen hat. Jedes Jahr muss deshalb aufs Neue bestimmt werden, dass das Geld nicht gesprochen wird. Es wäre sicherlich einfacher, wenn wir nur über die realen Stellen abstimmen würden und der Stadtrat den Stellenplan entsprechend anpassen würde.*

S. 282	40 4040 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat		460 000		32 526 100 32 066 100	Zustimmung Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Stellenausbau halbieren (plus 2,5 statt plus 5) plus Differenz Rechnung 2015 zu Budget 2017			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 141.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): *Wir beantragen eine Kürzung von 50 000 Franken, die Rückkehr auf die Rechnung 2015 möchten wir nicht. Wir reden von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen im Verwaltungsbereich, das sind insgesamt über 100 000 Geräte. Einsparungen sind möglich, aber es ist ein Spielraum für die Beschaffung nötig.*

Thomas Schwendener (SVP): *Die Rechnung 2015 muss reichen. Die IMMO mustert Maschinen nach zehn Jahren automatisch aus und das kann nicht die Regel sein. Ein Gerät muss genau angeschaut werden und auch wenn es zehnjährig ist, kann es noch*

gebraucht werden. Hier muss man sparen und nur das Nötigste beschaffen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Die Anzahl Jahre der Geräte muss berücksichtigt werden, wenn es um die Ersatzbeschaffung geht. Wenn man bestimmte Geräte trotzdem länger in Betrieb hält, steigen die Reparaturkosten. Das wiederum kann zu einer grösseren Belastung auf dem Unterhaltskonto führen.

S. 282 40 HOCHBAUDEPARTEMENT
4040 Immobilien Stadt Zürich
3111 0111 Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
141. Antrag Stadtrat	84 000		800 000	
			716 000	Minderheit
	50 000		750 000	Mehrheit

Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident
Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident
Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Begründung: SVP: Rechnung 2015 muss reichen, Geräte länger nutzen;
SP: Maschinen zurückhaltend beschaffen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(800 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(750 000)	82 Stimmen
Antrag Minderheit	(716 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 142.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Auf diesem Konto wird mit Erfahrungswerten argumentiert, deshalb ist der eingestellte Betrag zu hoch. Die Erfahrungswerte zwischen 2013 und 2015 zeigen schliesslich, dass der Betrag immer zwischen 473 000 und 669 000 Franken lag, also immer wesentlich unter Budget. Wir denken, dass auch in diesem Jahr überbudgetiert worden ist und kürzen deshalb den Betrag um 200 000 Franken.

S. 283	40 4040 3111 0206	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat		200 000		880 000 680 000	Zustimmung Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Der budgetierte Betrag wurde selten ausgeschöpft			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 143.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dorothea Frei (SP): Hier geht es um die Reinigung und den Unterhalt von gemieteten Liegenschaften. Es wurde erklärt, dass gemietete Liegenschaften immer fremdgeräumt werden. Das eigene Personal sei nicht ausgebildet für Grund-, Umzugs-, sowie Fensterreinigung, was wir fast nicht glauben können. Deshalb streichen wir den Betrag um 200 000 Franken.

Raphaël Tschanz (FDP): Die Mehrheit sieht das anders. Die Reinigungskosten sind begründet, deshalb sehen wir keinen Grund, den Betrag zu kürzen.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Die Plausibilität der Auslagerung ist nicht wirklich untermauert. Der Betrag steigt gewaltig, der Grund dafür ist nicht so klar. Wir waren vor kurzem noch bei 1,8 Millionen Franken. Es ist richtig, dass man anschauen könnte, ob man weniger brauchen kann. Deshalb sind wir bereit, zur SP zu gehen.

S. 283	40 4040 3143 0100	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat				2 802 000 200 000 N	Mehrheit Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)

200 000	2 802 000	Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)

Begründung: Keine Auslagerung der Reinigung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 144.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Auf diesem Konto sind verschiedenste Beträge eingestellt. Einer davon, der Betrag von 160 000 Franken, ist für ein Anti-Graffiti Projekt an der Langstrasse vorgesehen. Die Mehrheit beantragt, diesen Betrag zu streichen, weil die Stadt Aufgaben übernimmt, die den privaten Liegenschaftsbesitzern übertragen werden können und weil dieses Projekt nichts mit der Sicherheit zu tun hat. Mit den verbliebenen Mitteln sollen weiterhin antisemitische und andere verletzende Schmierereien sofort entfernt werden. Das Arbeitsintegrationsprojekt «Schöns Züri», das die Aufgaben im Rahmen des Anti-Graffiti Projekts übernimmt, ist durchaus lobenswert und wir sind überzeugt, dass das Sozialdepartement andere Verwendung für die zwei Personen hat, die mit einem 80 %-Pensum angestellt sind. Sie können gern beispielsweise für städtische Liegenschaften eingesetzt werden. Die Mehrheit beantragt aber, dass das Geld in Höhe von 160 000 Franken zu streichen ist.

Dorothea Frei (SP): Wir wollen die Arbeitsplätze der zwei Personen behalten und die Stellen sichern. Das Projekt schadet der Langstrasse nicht, weshalb wir beim Stadtrat bleiben wollen.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Die Grünen sind in der Enthaltung, wir konnten uns nicht einigen. Die einen werden der Begründung der SP folgen, die anderen der AL zustimmen.

S. 284 **40 HOCHBAUDEPARTEMENT**
4040 Immobilien Stadt Zürich
3180 0700 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Entfernung von Schmierereien

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144. Antrag Stadtrat			410 000	Minderheit
	160 000		250 000	Mehrheit
				Enthaltung

Dorothea Frei (SP) Referentin, Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
 Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Felix Moser (Grüne)

Begründung: Langstrasse braucht kein eigenes Anti-Graffiti Projekt zur Gewährung der Sicherheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 145.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Es geht um eine sanftere Beschleunigung des Wachstums der IMMO-Planung für die Verwaltungsbauten. Es braucht mehr, um die vielen Projekte zu realisieren. Mit 2,7 Millionen Franken weniger kann man arbeiten. Vor fünf Jahren waren wir noch bei etwa zwölf Millionen Franken. Es ist ein gewaltiges Wachstum. Wenn man davon ausgeht, ungefähr 10 % des Investitionsplafonds jährlich projektieren zu müssen, wäre man langfristig bei 22 oder 25 Millionen Franken. Wir hoffen, dass man mit diesen 27 Millionen Franken arbeiten kann.*

S. 285	40 4040 3182 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
145.	Antrag Stadtrat		2 726 000		29 726 000 27 000 000	Zustimmung
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsi- dent Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Reduzierte Erhöhung Investitionsplafonds - nicht zwingende neue Substanzerhaltungsprojekte verschieben			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 146.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Wir kommen zu den Investitionen mit etwa 20 Projekten pro Seite in einem 24-seitigen Bericht. Die Minderheit hat diese durchgesehen und Projekte herausgestrichen, die sie als nicht fundamental wichtig erachtet. Besonders in einem Jahr, in dem man 70 Millionen Franken Minus budgetiert. Bei der Erstellung von Liegenschaften findet man unter anderem 1,2 Millionen Franken für die Erweiterung der WC-Anlagen im Letzigrund-Stadion. Dort gibt es genug WC-Anlagen, weshalb ich nicht verstehen kann, wie man dies bewilligen kann.*

Dorothea Frei (SP): Wir haben die Liste auch durchgearbeitet, aber andere Dinge gesehen. Auf diesem Konto sind insbesondere Gelder für Kindertagesstätten eingestellt, weshalb wir diese Investitionen für sinnvoll erachten und keine Abstriche machen möchten.

S. 287	40 4040 500101	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
146.	Antrag Stadtrat				5 046 000	Mehrheit
			2 250 000		2 796 000	Minderheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Auf nicht dringende Investitionen verzichten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 147.

Kommissionsminderheiten:

Stefan Urech (SVP): Ein Künstleratelier und ein Bewegungsraum sind Projekte, die in unseren Augen nicht unbedingt umgebaut werden müssen. Oder gerade der Jugendraum ist etwas, das man in einem Gemeinschaftszentrum zusammen mit den Jugendlichen realisieren kann. Diese Vorhaben sind nicht zwingend nötig.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Bei diesem Antrag drückt die Minderheit 3 das Unverständnis zu den Kosten beziehungsweise den in Kauf genommenen Standards von Züri-WCs aus. Seit letztem Jahr gibt es einen Masterplan Züri-WC, dessen Ziel es ist, bis 2031 im Rahmen von 32 Millionen Franken neue Züri-WCs zu installieren oder zu sanieren. Diese WCs kosten in den vorgesehenen Investitionen zwischen 395 000 und 265 000 Franken. Wir finden das sehr viel und bisher konnte man uns nicht überzeugen, dass diese Kosten gerechtfertigt sind. Gerade anlässlich der Weisung zum Amtshaus Helvetiaplatz ist ersichtlich worden, dass die WCs gemäss Aussagen der Verwaltung die billigste Option sind, weil man kein Reinigungspersonal benötigt und sie auch noch vandalensicher sind, aber eine Vollkostenrechnung wurde nie erstellt. Hinzu kommt, dass nicht jedes Züri-WC behindertentauglich wäre, was die immensen Kosten vielleicht erklären würde. Auch problematisch ist für die hochsicheren Installationen, dass einige davon einfach den ganzen Winter über geschlossen bleiben. Wir beantragen deshalb die Streichung der geplanten Ersatzinstallationen Rütihof, Hafen Riesbach und Bucheggplatz sowie eine Korrektur am Helvetiaplatz. Die dringenden Neuinstallationen sind weiterhin auf dem Konto aufgeführt.

Dorothea Frei (SP): Die Minderheit 1 bleibt beim Stadtrat. Unsere Kritik an den Züri-WCs ist nicht so gross. Durch den eingesparten Unterhalt und die Reinigung kann

sehr viel Geld gespart werden. Wir unterstützen aber die geplanten Umbauten zum Konzept Offene Demenz. Wir unterstützen die Optimierung der Tagesbetreuung im Alterszentrum Langgrüt, genauso den Naturkunderaum im Hirschgraben oder die Erhöhung der Sicherheitsstandards bei der Stapo und wir unterstützen ebenfalls den Umbau der Umkleidekabinen und den Einbau von Duschen im Krematorium Nordheim.

Weitere Wortmeldungen:

Reto Vogelbacher (CVP): *Wir gehen von der Enthaltung zur Minderheit 1. Der Antrag der GLP, wo es um Ersatzinstallationen geht, ist uns zu frisch. Um zu zeigen, dass die Züri-WCs zu teuer sind, ist dies nicht adäquat. Es ist klar, dass Züri-WCs teuer sind. Dies muss man jedoch separat anschauen. Dies bei Ersatzinvestitionen zu streichen, weil sie zu teuer sind, erachten wir nicht als sinnvoll.*

Walter Angst (AL): *Wenn die FDP zur Minderheit GLP wechseln würde, wären wir auch dabei und hätten so am Schluss eine Mehrheit für die Kürzung der GLP. Wir haben uns überzeugen lassen, dass bei der Ziegelhütte das WC erstellt wird und deshalb können wir nun voll mit der GLP stimmen.*

Michael Baumer (FDP): *Die Faszination für die Züri-WC-Anlagen erschliesst sich mir nicht ganz. Die Fragestellung der Investitionsliste ist für uns deshalb nicht mehr ausschlaggebend, weshalb wir bewusst bei der Minderheit 2 bleiben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Mir erschliesst sich diese Debatte auch nicht ganz, ich bin aber bereit, zusammen mit der GLP eine Züri-WC-Debatte zu führen. Wir können auch bei anderen Gemeinden schauen, wie diese das handhaben. Wir denken, dort auf dem richtigen Weg zu sein und können bei dem Züri-WC-Masterplan mitdiskutieren. Deshalb sollte man hier dran bleiben und der Minderheit 1 zustimmen.*

S. 287	40 4040 500133	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Umbau von Liegenschaften: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
147.	Antrag Stadtrat				15 132 000	Minderheit 1 Dorothea Frei (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			4 545 000		10 587 000	Minderheit 2 Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			1 124 000		14 008 000	Minderheit 3 Shaibal Roy (GLP) Referent
					Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL), Christian Traber (CVP)
		Begründung:	SVP: Auf nicht dringende Investitionen verzichten; GLP: Günstigere Alternative für Ersatzinstallationen ZüriWC Rütihof, Hafen Riesbach, Bucheggplatz finden, Helvetiaplatz gemäss Weisung GR Nr. 2016/102 für Fr. 114 000 umsetzen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(15 132 000)	60 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 587 000)	41 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(14 008 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 3 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 61 gegen 42 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 148.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die Minderheit hat hier Projekte herausgestrichen, die sie als nicht zwingend notwendig erachtet. Unserer Meinung nach hat die Stadt die Übersicht selber nicht mehr ganz, was dort alles aufgelistet ist. Wir bitten, die sanfte Streichung zu unterstützen.

Dorothea Frei (SP): Hier geht es um Fremdmieten für Kindergärten, die beispielsweise in Baugenossenschaften eingemietet werden. Auch auf dem Konto aufgeführt ist der Umzug des Betriebsamtes im Kreis 7. Hier waren wir extrem kritisch eingestellt, wieso dieser Umzug zu diesem Preis geschehen muss. Wir haben dazu Fragen gestellt und uns überzeugen lassen, dass es hier keine andere Lösung gibt, als es so durchzuführen, wie es geplant ist, weshalb wir hier keine Kürzung auf diesem Konto möchten.

S. 287 40
4040
500163

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Einbauten in von der Stadt gemieteten Liegenschaften: Sammelkonto

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
148. Antrag Stadtrat			9 035 000 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	835 000		8 200 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Auf nicht dringende Investitionen verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 149.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dorothea Frei (SP): Hier ist ein Projekt aufgeführt, das ein Kommunikationsproblem zwischen dem Sicherheitsdepartement und dem Hochbaudepartement zu sein schien. Das Projekt Förrlibuckstrasse, also die Vergitterung der Fahrzeugwäscheboxen, wird nicht gebaut oder nicht umgesetzt, weshalb der Betrag von 350 000 Franken ersatzlos gestrichen werden kann.

Stefan Urech (SVP): Bei einer Nachfrage unsererseits kam heraus, dass dieser Betrag noch auf dem Konto eingestellt war, weil er vor Jahren einmal budgetiert wurde. Er wurde einfach vergessen herauszustreichen. Darum zweifle ich auch ein wenig an der Seriosität der ganzen Listen. Weiter fragten wir, warum beim Limmatschulhaus 500 000 Franken für den offenbar unebenen Sportspielplatz investiert werden sollen. Dort habe ich selber Fussball gespielt und fand den Belag nicht uneben. Dann muss die Schauspielhausbühne für eine Million Franken und eine Küche in einem Schulhaus für 250 000 Franken erneuert werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Deshalb stimmen sie mit der Minderheit 2.

Christian Traber (CVP): Die Minderheit 1 wird zur Mehrheit wechseln. Als wir in der RPK darüber abgestimmt haben, wussten wir noch nicht, dass der Posten vom Polizeidepartement nicht benötigt wird.

S. 287	40 4040 500168	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
149.	Antrag Stadtrat				24 770 000 - 700 000 N 19 695 000	Minderheit 1 Minderheit 2
			4 375 000			Christian Traber (CVP) Referent Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			350 000		23 720 000	Mehrheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Auf nicht dringende Investitionen verzichten; Verzicht auf Vergitterung der Fahrzeugwäscheboxen Förrlibuckstrasse zur Unterbringung von temporär Inhaftierten			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(24 070 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(23 720 000)	80 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(19 695 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 150.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Wir wollen das gleiche Niveau 2017 beibehalten. Das ist eine Verbesserung um 25 Millionen Franken. Dies wollen wir erreichen durch eine Priorisierung beim Substanzerhalt. Es gibt notwendige Investitionen, wo ein Aufschub langfristig teurer ist, aber es gibt auch genug Spielraum, richtig zu priorisieren. Bei den Nutzerbedürfnissen wollen wir des Weiteren eine Beschränkung auf das absolut Notwendige. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Kürzung.

Walter Angst (AL): Im Gegensatz zu den vorhergehenden Anträgen der SVP, wo man auf einem Investitionskonto kündete, beantragt man jetzt hier den Pauschalabzug. Diesen hat man in der Regel mit der Realisierungswahrscheinlichkeit begründet. Wir wissen, dass niemals das volle Investitionsbudget ausgeschöpft wird. Die Nutzerbedürfnisprojekte sind vor allem Schulhäuser. Das ist nicht nachvollziehbar und deshalb empfiehlt die Mehrheit, dies abzulehnen.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Die Nutzerbedürfnisse beziehen sich nicht auf neue Schulhäuser, sondern auf deren Unterhalt.

S. 292 40
4040
599999

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Pauschalabzug Realisierungswahrscheinlichkeit Hochbauten

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
150. Antrag Stadtrat			0 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

25 000 000 -25 000 000 Minderheit Raphaël Tschanz (FDP)
Referent, Vizepräsident
Michael Baumer (FDP),
Peter Schick (SVP),
Christian Traber (CVP),
Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine Erhöhung des Plafonds im 2017, Priorisierung der Substanzerhaltungsprojekte, Beschränkung der Nutzerbedürfnisse auf das absolut Notwendige

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Antrag 100.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Die Stadt hat eine neue Homepage. Man kann die Informationen zur Kunst im öffentlichen Raum auf dieser Seite publizieren und muss nichts ausdrucken. Wir sehen hier eine Verbesserung von 14 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit stimmt dem nicht zu. Die Druckkosten sind auf einem moderaten Niveau. Wir finden, dass Kunst im öffentlichen Raum, die für alle zugänglich ist, eine gute Sache ist. Dass hier noch ein kleiner Posten für Druckkosten dazu kommt, ist für die Mehrheit in Ordnung.

S. 232	35 3500 3101 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten
--------	-------------------------	---

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
100.	Antrag Stadtrat			28 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		14 000		14 000	Minderheit	

Begründung: KiöR etc. streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 101.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Die einstimmige RPK-Mehrheit meint, eine Kostensteigerung von nur 20 % würde auch ausreichen und beantragt deshalb die moderate Reduktion, die immer noch ein Kostenwachstum darstellt.

S. 239	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat		104 000		504 000 400 000	Zustimmung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Kostensteigerung um über 50 % ist überrissen, deshalb Zurückhaltung beim Fahrzeugersatz		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 102.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Auf diesem Konto wurde in den letzten Jahren immer zu viel budgetiert. 2013 benötigte man nichts für den Gewässerunterhalt, 2015 benötigte man 9000 Franken. Mit einem Mittelwert der letzten Jahre kann man gut leben, 25 000 Franken reichen für das Budget 2017.

Florian Utz (SP): Beim Gewässerunterhalt ist es unterschiedlich, wieviel Geld benötigt wird. Wir sind der Meinung, dass die Budgetierung hier gut funktioniert. Wenn man nichts benötigt, gibt man nichts aus. Wenn man hingegen mehr benötigt, gibt man dies auch aus.

S. 239	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3148 0000	Gewässerunterhalt				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)

25 000

25 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Vizepräsident
Michael Baumer (FDP),
Peter Schick (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Mittelwert Rechnungen 2014 und 2015

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 103.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Auf diesem Konto geht es um Planungs- und Projektarbeiten von Dritten. Wir sehen hier eine problemlose Kürzung von 721 100 Franken. Mit diesem Betrag gehen wir zurück auf das Budget 2016. Nach Auskunft des Tiefbaudepartements gibt es für das nächste Jahr keine dringenden Projekte.

Florian Utz (SP): Das Problem aus Sicht der Mehrheit ist nicht, dass zu viel geplant wird, sondern, dass häufig falsch geplant wird. Man soll nicht von vorne herein sagen, dass es nichts bringt, sondern dem Stadtrat eine Chance geben und deshalb das Geld sprechen, damit er arbeiten und diese Projekte planen kann.

Weitere Wortmeldung:

Markus Hungerbühler (CVP): Wir sind nicht der Meinung, dass von der politischen Führung her falsch geplant wird. Wir sind mit der Mehrheit, nicht aber für die Begründung.

S. 240	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
103.	Antrag Stadtrat				4 584 700	Mehrheit
				721 100	3 863 600	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Budget 2016

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

S. 240 35
3515
3182 0000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
104. Antrag Stadtrat			4 584 700	Minderheit 1 Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		200 000	4 784 700	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung Präsident Walter Angst (AL)
Begründung: Durchführung Projektwettbewerb Heimplatz				

Markus Knauss (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 stillschweigend zugestimmt.

Antrag 104a.

Markus Knauss (Grüne) stellt folgenden Antrag zum Budget: Der Gemeinderat hat den Stadtrat im Januar 2016 dazu verpflichtet, innerhalb eines Jahres einen Projektwettbewerb für den Heimplatz auszuschreiben, weil wir der Meinung waren, dass die Ideen, die wir aus dem Tiefbauamt bekamen, nicht ausreichen. Es wäre die Pflicht des Vorstehers des Tiefbaudepartements gewesen, hierzu ein Zusatzkreditbegehren zu stellen, um den Auftrag des Gemeinderats fristgerecht zu erfüllen. Wir werden irgendwann im Verlauf des Januars eine Weisung bekommen, dass die Frist nicht eingehalten werden konnte. Man hat nun schon 100 000 Franken für die Planung eingesetzt, was nicht ausreicht für einen Projektwettbewerb. Deshalb sind wir, gemeinsam mit dem Vorsteher des Tiefbaudepartements, zur Übereinstimmung gekommen, dass, falls die 100 000 Franken nicht ausreichen, nochmals 200 000 Franken gesprochen werden sollen. Dies müsste für den Projektwettbewerb ausreichen. Deshalb beantragen wir, 200 000 Franken zusätzlich auf dem Konto einzusetzen. Der ursprüngliche Antrag 104. wird ersetzt.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er dies so wie geplant umsetzen kann.

Michael Baumer (FDP): Wir lehnen den Antrag ab, denn am Heimplatz kann man keine vernünftige Lösung durchführen, weil zu wenig Platz vorhanden ist. Deshalb macht es keinen Sinn, mehr Geld auf diesem Konto einzustellen, für etwas, das nicht überzeugen wird. Das können wir uns von Anfang an sparen.

Derek Richter (SVP): Es gibt acht verschiedene Varianten und alle sind nicht zielführend. Man kann dort nichts umsetzen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es gab einmal eine Planung. Der Auftrag des Stadt-ingenieurs war, dass Velowege am Heimplatz umgesetzt werden sollen. Wir haben diese versucht zu realisieren und hatten auch eine Lösung bis vor dem Schauspielhaus. Hier wollten wir die Tramschiene mit einer Insel verschieben, nachdem wir die Haltestelle weiter aufwärts an der Rämistrasse planen wollten. Dann hiess es, wir sollten alles nochmals anschauen. Wir hatten eine ausführliche Studie über acht Varianten analysiert und fanden heraus, dass wir dort keinen grossen Spielraum haben, weil es einer der ganz grossen Verkehrsknoten ist. Wir konnten dann nicht weiterplanen. Wir nehmen das Begehren auf, aber ein Projektwettbewerb macht nur dann Sinn, wenn man einen gewissen Gestaltungsspielraum hat. Es wird aber nie einen verkehrssarmen Platz geben.*

S. 240	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesse- rung	Verschlech- terung	Betrag
					Stimmen
104a.	Antrag Stadtrat				4 058 000
				200 000	4 258 000
					Markus Knauss (Grüne)
		Begründung:	Durchführung Projektwettbewerb Heimplatz		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Markus Knauss (Grüne):

Der Rat stimmt dem Antrag von Markus Knauss (Grüne) mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 105.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Dieses Konto weist eine deutliche Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2015 auf. Wir fragten nach, für was die Erhöhung notwendig ist und bekamen als Antwort: für Analysen, Studien, Kollaborationen, Governances, Controlling, Risikomanagement, Prozessoptimierungen, Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung. Alles Dinge, die nicht grundsätzlich falsch sind, aber eine Steigerung um 127 % ist trotzdem viel für Projekte, die nicht oberste Priorität haben. Deshalb schlagen wir eine Streichung von 100 000 Franken vor.*

S. 240	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
					Stimmen
105.	Antrag Stadtrat				500 000

100 000	400 000 Zustimmung	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Begründung:		Zu viele Analysen, Studien, Kollaborationen, Governances, Controlling, Risikomanagement, Prozessoptimierungen, Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Eine übermässige Nutzung des öffentlichen Raums muss entschädigt werden. Das ist der Grund, warum wir zusammen mit den Linksparteien auch eine Kampagne zur Erhöhung der Parkgebühren lanciert haben. Wir haben mit dem Sechseläutenplatz einen Platz, der genutzt wird. Aus unserer Sicht ist die Ungleichbehandlung der verschiedenen Nutzungen auf diesem Platz nicht richtig. Dass die Nutzer unterschiedliche Gebühren zahlen, erschliesst sich uns nicht. Deshalb beantragen wir eine Verbesserung von 100 000 Franken.*

Florian Utz (SP): *Der Staat sollte sich primär durch Steuern finanzieren und nicht durch Gebühren. Wir sind der Meinung, dass es toll ist, wenn sich Menschen engagieren und Anlässe organisieren. Gerade diese Anlässe, die durch ehrenamtliche Engagements realisiert werden, verdienen von uns ein Dankeschön und nicht eine Gebührenerhöhung.*

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Die 1.Mai-Demo ist gratis, da kann man keine Gebühren erheben. Bei allen anderen kommerziellen Veranstaltungen gibt es keinen Grund, warum diese nicht zahlen sollten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es gibt eine Initiative, dass der Sechseläutenplatz nur noch 65 Tage im Jahr benutzt werden darf. Der Stadtrat hat einen Gegenvorschlag gemacht mit 125 Tagen. Jetzt möchte ich wissen, wie wir das Geld reinholen sollen, wenn wir weniger Veranstaltungen haben und nicht einmal mehr eine Demo besteuern dürfen?*

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): *Eine Demonstration fällt unter Meinungsäusserungsfreiheit. Es gab immer zwei Verordnungen, einmal für den gesteigerten Gemeingebrauch für politische Zwecke, der immer unentgeltlich war. Es gab nie eine Benutzungsgebühr und diese wird es auch nie geben.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich bin irritiert, dass der Stadtrat sagt, der Platz werde bei seinem Gegenvorschlag weniger genutzt. Er rechnet einfach neu und es werden alle Veranstaltungen, die bisher auf diesem Platz stattfanden, auch in Zukunft möglich sein. Das ist für mich ein Widerspruch, den ich gerne erklärt haben würde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Ich habe nicht gesagt, dass man bei politischen Veranstaltungen etwas zahlen muss. Sondern nur, dass wir weniger Veranstaltungen haben werden. Wir hatten bisher an 138 Tage Anlässe auf dem Sechseläutenplatz. Neu werden wir noch 125 haben, wenn es nach dem Willen des Stadtrats geht. Das ist weniger, weshalb es nicht möglich ist, dort noch mehr Geld zu generieren.*

S. 241	35 3515 4272 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Vergütungen für Benutzungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				- 700 000	Mehrheit
			100 000		- 800 000	Minderheit
			Begründung:	Für alle Nutzungen auf dem Sechseläutenplatz Gebühren erheben (Sechseläuten, 1. Mai, Opernball, Eröffnung Opernsaison)		
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 107. und 107a. (Postulat GR Nr. 2016/431)

Markus Knauss (Grüne) beantragt namens der Grüne-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/431 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 107a. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Markus Knauss (Grüne) stillschweigend zu.

Kommissionsminderheiten:

Markus Knauss (Grüne) begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2499/2016): *Die Leimbachstrasse geht relativ steil den Berg hinauf und hat eine wichtige Funktion für die Velofahrenden. Entsprechend ist dort auch eine kommunale Veloroute klassiert. Im oberen Teil ist die Fahrbahn relativ stark ansteigend und die Fahrbahn ist sehr beschränkt. Die Velofahrenden fahren entlang von parkierten Autos und haben den Bus im Nacken. Das ist eine sehr schlechte Situation. Geplant ist, dort künftig eine Tempo-30-Zone einzurichten, doch die Geschwindigkeitsun-*

terschiede von Velos und einem Bus sind immer noch sehr gross. Es besteht die Möglichkeit, hier eine Entflechtung zu machen. Die Genossenschaft Kleeweid hat dort vor einigen Jahren eine neue Siedlung erstellt und 107 neue Parkplätze realisiert. Die wenigen Parkplätze im öffentlichen Raum könnten also aufgehoben werden, zugunsten der Entflechtung von Velofahrenden und dem Busverkehr. Damit diese realisiert wird, streichen wir den Betrag aus dem Budget und hoffen auf das Postulat und eine Neuplanung an der Leimbachstrasse.

Peter Schick (SVP): Wenn man dem Stadtrat nach einer Werkleitungssanierung, die dort stattfindet, den Betrag herausstreicht, so dass er den Strassenbelag hier nicht mehr realisieren kann, ist dies keine gute Lösung. Nur eine scheinheilige Verbesserung des Budgets. Später kostet dies viel mehr. Die langjährigen Anwohner sollen indes bei der Siedlung ihre Parkplätze mieten und somit noch mehr zahlen müssen als in der blauen Zone. Wir lehnen die Streichung der 850 000 Franken ab. Der Stadtrat soll die Strasse so sanieren können, wie vorgesehen.

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Leimbachstrasse ist sehr steil, aber nur im unteren Teil, vom Bahnhof Leimbach bis zum Marbachweg. Die Leimbachstrasse verbindet Leimbach, Oberleimbach und Adliswil. Sie ist überregional und als Klasse 2 klassifiziert, also nicht nur in der Veloroute. Sie dient auch dem öffentlichen Verkehr, die Buslinie 70 fährt hier im 10-Minuten-Intervall durch. Die Schaffung einer Tempo-30-Zone fällt dadurch schon einmal weg, weil man durch den Fahrzeitverlust ein zusätzliches Fahrzeug in den Umlauf bringen müsste, was über eine halbe Million Franken kosten würde. Die blaue Zone ist im oberen Teil nicht mehr so steil, ein ungeübter Velofahrer kommt dort problemlos durch. Die blaue Zone ist für Tagesbesucher vorgesehen. Die Genossenschaft Kleeweid hat zwar Parkplätze, die sind jedoch nicht für Tagesbesucher vorgesehen. Wir lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP lehnt das Postulat ebenfalls ab. Die Strasse ist sehr steil. Es werden relativ wenig Velofahrer dort überhaupt durchfahren. Dazu kommt, dass es ganz in der Nähe eine Alternative gibt, die jetzt schon besteht. Es gibt eine Veloroute, die an der Rebenstrasse entlangführt. Es geht hier vor allem darum, wieder einige öffentliche Parkplätze abzubauen. Wir stehen weiterhin zum Masterplan Velo, doch diese Route ist nicht Bestandteil des Masterplans.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich fahre viel Velo und bin auch schon im Sihltal den Berg hochgefahren. Ich begreife die Initiative nicht und spreche mich deshalb dagegen aus.

Sven Sobernheim (GLP): Die CVP hat gesagt, die Route sei nicht im Masterplan Velo, weshalb man sie nicht unterstütze. Schön ist, dass die CVP alle Routen, die im Masterplan aufgeführt sind, in Zukunft unterstützen wird. Es geht uns nicht um diese Parkplätze, sondern darum, dass dort der Velofahrer den Bus auf der Strasse blockiert und man kann dem Velofahrer nicht verbieten, die Strasse zu nutzen. Wie der Stadtrat dies umsetzt, schlagen wir nicht vor. Wir möchten nur, dass Bus und Velo sich auf dieser Strasse nicht gegenseitig behindern.

Christian Traber (CVP): Es gibt dort nicht viele Velofahrer, die diese Strecke fahren. Es ist aber die einzige, auf der man Mittelleimbach und Oberleimbach erreicht. Zudem ist sie, neben der Sihltalstrasse, die einzige Strasse, die noch eine Tempo-50-Zone hat, alle anderen sind inzwischen Tempo-30-Zonen. Es gibt eine einfachere und bessere Variante. Wir haben gesagt, der Bus kann kaum überholen, aber er fährt auch nicht

wahnsinnig viel schneller als ein Velofahrer. Für mich stellen die Velofahrer, die an der Kaphaltestell bergab fahren, am Bus mit Tempo 40 auf der linken Seite vorbeifahren und dann wieder einbiegen, ein grösseres Sicherheitsproblem dar. Wenn der Bus an der Kaphaltestelle hält, können die Velofahrer in dieser Zeit problemlos vorne weg fahren. Das Postulat sollte deshalb abgelehnt werden.

Dr. Mario Babini (parteilos): Mein Vorschlag wäre, dass man einen Velostreifen auf dem Trottoir realisiert und sich dann die Diskussion erledigt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Beim jetzigen Projekt wäre ein Veloweg bis an die Kaphaltestelle geplant. Hier besteht bereits eine Planung. Obwohl man hier zukünftig Tempo 30 realisieren will, weil es eine verkehrorientierte Strasse ist, ist das machbar.

S. 243	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	513000	Bau von Strassen: Sammelkonto			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				
				8 324 000	Minderheit 1
			850 000	7 474 000	Minderheit 2
					Enthaltung
		Begründung:	Streichung Leimbachstrasse: ÖV und Velo bergwärts entflechten, da steile Strasse		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 75 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2541. 2016/431

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016: Strassenprojekt Leimbachstrasse, Entflechtung zwischen dem Veloverkehr und dem öffentlichen Verkehr

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 107 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2499/2016).

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements

Stellung.

Das Postulat wird mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 108.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Beim nachfolgenden Antrag geht es um die Etappe 3b der Quartierbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon. Die Umsetzung der Etappe 3 inklusive der Etappe 3b wurde in der Abstimmungszeitung bis 2018 versprochen. Wir sind der Meinung, dass Versprechen da sind, um eingehalten zu werden. Der Zeitplan bis 2018 war umsetzungsbereit, ist jedoch nicht mehr realistisch. Man sollte aber trotzdem so schnell wie möglich das Versprechen umzusetzen versuchen, vielleicht ein oder zwei Jahre später, aber sicher nicht zehn Jahre später. Wir sind ausserdem der Meinung, dass die Umsetzung der Etappe 3b beim Bahnhof Oerlikon auch inhaltlich sinnvoll ist. Denn die Situation östlich des Bahnhofs Oerlikon ist eine sehr improvisierte Situation. Eine Situation, die für keine Verkehrsteilnehmerin und keinen Verkehrsteilnehmer wirklich befriedigend ist. Darum glauben wir, sollte man das Problem schnell angehen sowie schnell lösen und deshalb möchten wir dem Tiefbauamt die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Dies, damit man schnell eine Planung zur Lösung des Problems erstellen kann.

Michael Baumer (FDP): An der Abstimmung, die dahintersteht, ging es um einen relativ hohen Kredit, den das Volk beschlossen hat. Dieser Kredit ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Aus diesem Grund wird schlichtweg kein Geld auf diesem Konto benötigt. Der Kredit ist immer noch gültig, man kann die Projektierung weiterführen. Ich verstehe nicht, warum es die Lösung sein soll, dem Tiefbauamt mehr Geld zu sprechen, obwohl deren Planung angezweifelt wird. Das Ziel wird nur mit einer Erhöhung des Kredits nicht erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir sind noch in der Enthaltung, wechseln aber in die Minderheit. Wenn die Motion zu diesem Thema noch hängig ist, sollte sie dem Stadtrat überwiesen werden. Wir möchten nicht, wie beim Heimplatz, noch ein Jahr warten müssen, bis wir Geld für die Planung haben. Man sollte gleich mit der Planung starten können.

Derek Richter (SVP): In diesem Bereich des Bahnhofs Oerlikon wird im Moment der Andreasturm erstellt. Er ist zur Zeit auf der Höhe Fundament, sollte aber noch ungefähr 80 Meter weiter hoch. Es besteht im Moment keine Hektik. Die uns vorliegenden Varianten sind beide umstritten.

S. 243	35 3515 513000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108.	Antrag Stadtrat				8 324 000	Mehrheit
				100 000	8 424 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Projektierung der Etappe 3b der Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon			
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 109.

Kommissionsminderheiten:

Markus Knauss (Grüne): *Wir bleiben in Zürich Nord an der Hagenholzstrasse. Die Stadt Zürich befindet sich in einem massiven Wachstumsschub und in einem massiven Veränderungsprozess. Das betrifft nicht nur die Hochbauten, sondern auch den öffentlichen Raum. Wenn man Strassenprojekte realisiert, bietet dies auch Chancen, dass man die Ziele, die wir uns in der Gemeindeordnung gegeben haben, ganz konkret in diesen Strassenprojekten realisieren kann. Wir haben beispielsweise den Gemeindeordnungseintrag zur Städteinitiative. Der Stadtrat hat dies mit dem Strategiepapier Stadtverkehr 2025 konkretisiert. Darin heisst es unter anderem, dass in Zentrumsgebieten, Quartierzentren und bei Nutzungsschwerpunkten eine hohe Aufenthaltsqualität angestrebt und das Koexistenzprinzip angewendet wird. Dies beinhaltet eine gegenseitige Rücksichtnahme, eine siedlungsorientierte Strassenraumgestaltung, mehr Platz für den Fuss- und Veloverkehr, einen gleichmässigen Verkehrsfluss und eine Angleichung der Geschwindigkeiten. Des Weiteren findet sich darin auch eine Reduktion der Luft- und Lärmbelastung, was ein städtisches Ziel ist. Massnahmen an der Quelle sollen einen massgeblichen Beitrag zur Emissionsreduktion leisten. Bei der Hagenholzstrasse und der Rautistrasse hat man diese Chancen nicht genutzt. Beides sind Strassen, die in ehemaligen Gewerbegebieten liegen, sie entsprechen immer noch diesen Strassen, obwohl sie eine ganz andere Funktion bekommen haben. Wir haben überbreite Strassenquerschnitte, Parkplätze im Strassenraum, es wird schnell gefahren, dort ist der Sanierungsbedarf im Sinn der verbindlichen Strategie dringend. Südlich der Hagenholzstrasse sind sehr grosse Wohnbauten errichtet worden. Es wohnen ungefähr 2000 Menschen dort, aber die Planung orientiert sich an der bestehenden Strasse, obwohl die Bedürfnisse andere sind. Es gibt an diesem Ort ein grosses Bedürfnis, die Strasse zu überqueren, weil es ein Quartierzentrum ist. Es ist nicht nur notwendig, das Bestehende mit neuen Oberflä-*

chen in Schuss zu halten, sondern es braucht eine grundsätzliche Neuorientierung der Planung, eine siedlungsorientierte Planung des Strassenraums und auch eine Lärmsanierung mit einer Geschwindigkeitsreduktion.

Christian Traber (CVP): Die Minderheit 1 ist der Meinung, dass das Projekt, so wie es der Stadtrat eingestellt hat, ausgewogen angeschaut und sorgfältig geplant wurde. Wir denken, dass die notwendigen Kredite eingestellt wurden. Deshalb ist es sinnvoll, dies so umzusetzen, wie der Stadtrat es geplant hat. Wenn man den Betrag rausstreicht, macht man nicht viel mehr als das Nötigste, und ob dies die bessere Variante ist, bezweifle ich.

Weitere Wortmeldung:

Derek Richter (SVP): Die Hagenholzstrasse als Quartierzentrum zu betiteln, ist mutig. Wir haben dort Gewerbe und Schwerverkehr. Wenn man hier schnell fahren will, wird man ganz sicher geblitzt. Ich frage mich, ob auch die Flugzeugemissionen zur Lärmbelastung dazu gerechnet werden oder es wieder einmal nur um den motorisierten Individualverkehr geht?

S. 243	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				39 322 500	Minderheit 1 Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			1 280 000		38 042 500	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Hagenholzstrasse streichen: Strassenraumgestaltung ungenügend, Lärmsanierung entspricht nicht den Bundesvorgaben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 110. und 111. (Postulat GR Nr. 2016/432)

Kommissionsminderheiten:

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat zurück: Wir ziehen das Postulat nicht zurück, weil wir das Projekt des Stadtrats gut finden. Es ist fraglich, warum dieser eine Erdgeschossnutzungspflicht in die BZO schreibt, aber dann nichts für den Seebacherplatz machen möchte. Wir glauben, es hätte viel Potenzial gehabt, mit einer einseitigen Kaphaltestelle an diesem Ort. Wir wollen keine unnötigen Mehrkosten generieren, wir sehen den Bedarf der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) für die Gleiserneuerung ein. Und auch, dass man sonst mit Notsanierungen hätte arbeiten müssen und dass dies Mehrkosten sind, die nicht vertretbar sind.

S. 243 35
3515
513901

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
110.	Antrag Stadtrat		39 322 500	Minderheit 1	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		1 190 000	38 132 500	Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
	Begründung: Schaffhauserstrasse, Felsenrainweg bis Schleife Seebach: Velo 1,25 m, Gesamtbetrachtung mit Haltestelle				

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 sowie Antrag 111. (Postulat GR-Nr. 2016/543) zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 stillschweigend zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 112. und 112a.

Kommissionsminderheiten:

Markus Knauss (Grüne): *Das gleiche, was ich für die Hagenholzstrasse gesagt habe, gilt im Grundsatz auch für die Rautistrasse. Dies ist auch eine Strasse, die sich früher einmal in einem reinen Gewerbegebiet befand. Sie soll seitens Stadtrat auch diesen Charakter behalten, also überbreit bleiben, Parkplätze im Strassenraum und es wird schnell gefahren. In einem Strassenabschnitt, zwischen der Flurstrasse und der Luggwegstrasse, ist die Strasse sogar dreispurig, was auch beibehalten werden soll. Wir haben ganz viel Platz, der verschenkt wird. Direkt an der Rautistrasse ist letztes Jahr die Siedlung Freilager eröffnet worden, das Motto der Siedlung heisst „Lebensqualität in greifbarer Nähe“, doch für den öffentlichen Raum gilt dies explizit nicht. Die Rautistrasse ist ein Zentrumsgebiet, wir haben das neu mit dem regionalen Richtplan so bestimmt. Die Siedlung hat neu 650 Parkplätze geschaffen, trotzdem will der Stadtrat die Parkplätze im öffentlichen Raum unbedingt aufrechterhalten. Der Stadtrat hat über die Lärmsanierung im Kreis 9 beschlossen und über die Rautistrasse gesagt, dass die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit aufgrund des verkehrsorientierten Strassenbildes nur mit baulichen Massnahmen und entsprechenden Kostenfolgen möglich sei. Dabei müsste dies genauso umgesetzt werden, weil es ein Zentrumsgebiet ist. Und nicht in der Form, wie sie jetzt laut Planaufgabe geplant ist. Auf der anderen Seite muss man weiterdenken, dafür benötigt der Stadtrat Geld. Deshalb beantragen wir nochmals 100 000 Franken, damit der Stadtrat die Chance bekommt, nochmals neu zu planen, im Sinne eines Zentrumsgebiets und dem Stadtverkehr 2025.*

Christian Traber (CVP): *Auch bei diesem Antrag gilt das, was bei der Hagenholzstrasse gesagt wurde. Die Minderheit 1 teilt die Meinung des Stadtrats. Wir lehnen die Kürzung ab sowie den beantragten Zusatzkredit.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Der Fall liegt für mich nicht so klar, wie er dargestellt wurde. Wir haben an der Rautistrasse ordentliche Velowege nach Standard A geplant, genügend breite Fahrbahnen für den MIV und den Bus. Alle Ingredienzien, die auf dieser Seite verlangt werden. Das Trottoir ist bis zum Baumrand zwei Meter breit, wir haben noch den Raum vom Baum bis zum Strassenrand, insgesamt drei Meter. Wenn verlangt wird, den Strassenraum zu verkleinern und mehr Aufenthaltsqualität zu schaffen, können wir das nur auf der anderen Seite der Bäume realisieren. Oder wir würden über zwanzig vitale Bäume fällen und das machen wir nicht. Wenn man einen Trottoiranbau von einem Meter macht, muss man einfach Parkplätze weglassen und das hat mit einer Aufenthaltsqualität nicht mehr viel zu tun. Das kann man in zwanzig Jahren machen, wenn die Bäume nicht mehr vital sind, zurzeit macht es keinen Sinn.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): *Als es in der BZO darum ging, die Baumschutzgebiete zu erweitern, hat sich der Stadtrat dort zurückgehalten. Die Überlegung mit den Bäumen ist ein realer Einwand, aber genau dafür wollen wir das Geld sprechen, damit man umdenken kann. Vor der Siedlung Freilager stören die Trottoirs am meisten. Wir haben 21 Baumscheiben, auf zweien steht ein neu gepflanzter Baum, worüber man diskutieren kann, 16 Baumscheiben sind leer. Dort ist alles dafür gegeben, um neu zu planen. Die drei jungen Bäume sollen erhalten bleiben, aber sich deswegen einer Neuplanung zu verweigern, kann ich nicht akzeptieren.*

Sven Sobernheim (GLP): *An der schmalsten Stelle ist der Gehbereich 1,25 Meter breit. Wenn man die Strasse putzen will, benötigt man 1,80 Meter, um mit der Maschine durchzukommen. Dies würde also noch laufende Mehrkosten für den Unterhalt und die Reinigung der Strasse bedeuten.*

Roger Tognella (FDP): *Der Gesamtstadtrat macht nie das, was die Grünen wollen. Der Baumschutz wird von ihm höher gewichtet, als die Grünen die Planung forcieren wollen. Der linksgrüne Stadtrat hat die Mehrheit in diesem Gremium und wenn man den ganzen Abend gegen ihn wettet, beschwert man sich im Grunde gegen die eigene Klientel.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Grundsätzlich versuche ich einen Auftrag gut zu erfüllen. Aber es ist ein Unterschied, ob wir von Strassenbäumen reden, die man in die Planung integrieren muss oder den Baumschutz in den privaten Gärten, das kann man nicht vergleichen.*

S. 245	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	514941	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Rautistrasse				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat				2 240 000	Minderheit 1 Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			2 240 000		0	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Strassenraumgestaltung ungenügend, Veloführung gefährlich, Trottoirs zu schmal			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 76 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 112a.

Wortmeldungen siehe Antrag 112.

Markus Knauss (Grüne) stellt folgenden Antrag zum Budget:

S. 240	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112a..	Antrag Stadtrat				4 584 700	
				100 000	4 684 700	Markus Knauss (Grüne)
		Begründung:	Planungskosten für siedlungsorientierte Strassenraumgestaltung und breitere Gehbereiche			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Markus Knauss (Grüne):

Der Rat stimmt dem Antrag von Markus Knauss (Grüne) mit 74 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 113.

Kommissionsreferent:

Christian Traber (CVP): Die Mehrheit beantragt eine Kürzung um 30 000 Franken. Schaut man sich die letzten Rechnungen an, dann hat immer ein Betrag von rund 125 000 bis 130 000 Franken ausgereicht. Die Mehrheit hat das Gefühl, hier ist Sparpotenzial vorhanden, so dass nicht die ganzen 166 000 Franken ausgegeben werden müssen.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir sind noch in der Enthaltung, werden aber zur Mehrheit wechseln. Zum Zeitpunkt des RPK-Abschlusses war noch keine einzige Frage gestellt und wir wussten nicht, ob nur eine Maschine auf dem Konto ist oder sonstige dringende Ausgaben. Aufgrund der Antworten auf unsere Nachfrage stellten wir fest, dass die angedachte Kürzung auch aus unserer Sicht möglich ist.

S. 249	35 3535 3110 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Anschaffungen Büromaschinen und -geräte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat		30 000		166 000 136 000	Zustimmung Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Budget aufgrund Rechnungen 2014/2015

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 114.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Hier haben wir eine deutliche Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2015. Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass auf dem Konto noch 250 000 Franken Reserven eingestellt sind. Angesichts der Kostensteigerung ist die RPK der Meinung, dass man die Reserven einmal herausnehmen kann. Wenn es dann doch real eine Kostensteigerung geben muss, weil etwas Unvorhergesehenes finanziert werden muss, kann immer noch ein Zusatzkredit beantragt werden.

S. 249 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3535 **Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser**
3111 0000 **Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat	250 000		1 259 500 1 009 500	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine Budgetierung auf Vorrat, notfalls Zusatzkredit beantragen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 115.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Reto Rudolf (CVP): Die Mehrheit beantragt hier eine Kürzung um 32 200 Franken, zurück auf den Budgetbetrag von 2016, der ist so immer noch rund 30 000 Franken höher als der durchschnittliche Bedarf aus den Jahren 2013 bis 2015.

Florian Utz (SP): Der Grund für die Budgeterhöhung auf diesem Konto ist ein einmaliger Anlass, der jedes Jahr an einem anderen Ort stattfindet, dieses Jahr in Zürich. Dass es deshalb Kostensteigerungen gegenüber dem letzten Budget gibt, erscheint uns nachvollziehbar. Auf diesem Konto haben wir, trotz dem einmaligen Anlass, keine Kostensteigerung, weshalb der Vorwurf hier nicht geltend gemacht werden kann. Wir stimmen deshalb mit dem Stadtrat.

S. 250 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3535 **Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser**
3170 0000 **Reise- und Spesenentschädigungen des Personals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115.	Antrag Stadtrat			214 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP)
		32 200		181 800	Mehrheit Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Budget 2016 sollte ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 116.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Hier ist man stetig hoch bei der Honorarrechnung in den letzten Jahren. Deshalb möchte die RPK diese Kostensteigerung gegenüber 2013 bis 2015 nur zur Hälfte bewilligen und dementsprechend auf diesem Posten eine Verbesserung vornehmen.

S. 250	35 3535 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat		500 000		13 695 100 13 195 100	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Kostenwachstum bei Honoraren bremsen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 117. und 118.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Es geht um die Frage, ob man schon 2017 aufhört, zusätzliche Abschreibungen zu machen oder erst, wenn das Gemeindegesetz es vorschreibt. Angesichts der notwendigen Veränderungen im ERZ ist es sinnvoll, sofort zu einer normalen Abwicklung der Investitionen überzugehen und sich anzupassen an die Regelungen der ganzen Stadt. Es macht keinen Sinn, dass das ERZ in der Buchhaltung Werte für Investitionen hat, die nichts mehr mit der Realität zu tun haben, weil sie viel zu tief sind. Eine kontinuierliche, normale Abschreibungspraxis trägt dazu bei, dass sich das ERZ an die üblichen Gepflogenheiten der Stadt anpasst und dass wir auch Vergleichszahlen haben mit anderen Werken, die einigermaßen realistisch sind. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu beiden Anträgen.

Michael Baumer (FDP): Mir erschliesst sich der Sinn nicht ganz, denn wir haben eine langjährige Praxis, wie wir die Abschreibungen tätigen in der ERZ. Es macht keinen Sinn, jetzt ein Jahr vor Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes noch die Praxis zu ändern. Wir haben noch etliche Fragestellungen zu klären und es ist richtig, dann die

Fragen anzugehen. Die Minderheit lehnt deshalb die beiden Anträge ab. Es ist nur eine kosmetische Veränderung des Budgets. Der Bezirksrat hat es bestätigt, dass es dieses Jahr noch zulässig ist, das nach der Praxis zu machen, weil das neue Gemeindegesetz noch nicht bewilligt ist.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Wir sind noch in der Enthaltung, wechseln aber in die Minderheit.*

Walter Angst (AL): *Es geht um die Frage, wie Gebühren berechnet werden. Auf Basis fiktiver Abschreibungen, die zu einem Ergebnis führen, das viel tiefer ist, als das, was real wäre oder nach der üblichen Praxis der Stadt? Der Bezirksrat hat nicht gesagt, es sei gut, wie das bisher gemacht wurde. Sondern nur, dass das bisher so gemacht wurde und nun noch zwei Jahre so weitergeführt werden könnte. Dass es überhaupt nicht dem entspricht, was man normalerweise macht und jeder Unternehmer eigentlich machen würde, wurde nicht erwähnt.*

Michael Baumer (FDP): *Die FDP würde sich nicht verschliessen, die Gebührenpraxis zu hinterfragen. Ich habe nicht gesagt, es sei eine tolle Praxis. Nur, dass es keinen Sinn macht, diese noch jetzt zu ändern, wenn nächstes Jahr sowieso das neue Gemeindegesetz folgt.*

S. 250	35 3535 3320 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat				12 490 000	Minderheit
			12 490 000		0	Mehrheit
						Enthaltung
			Begründung: Keine zusätzlichen Abschreibungen (finanzrechtliche Grundlage fehlt)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 118.

Wortmeldungen siehe Antrag 117.

S. 256	35 3550 3320 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
118.	Antrag Stadtrat				6 291 000	Minderheit
			6 291 000		0	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Keine zusätzlichen Abschreibungen (finanzrechtliche Grundlage fehlt)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 134, Beschluss-Nr. 2529/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

2542. 2016/432

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Projekt Schaffhauserstrasse, Führung der kommunalen Veloroute mit einer durchgehenden Breite von 1,5 m sowie Realisierung einer einseitigen Kaphaltestelle beim Seebacherplatz

Sven Sobernheim (GLP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2016, 21 Uhr.